

Stand: 19.05.2024 05:39:46

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/5232

"Für eine nachhaltige Gemeinsame EU-Agrarpolitik (GAP) und eine sozial gerechte Gemeinsame Marktordnung (GMO)"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/5232 vom 05.12.2019
2. Beschluss des Plenums 18/5285 vom 05.12.2019
3. Plenarprotokoll Nr. 34 vom 05.12.2019



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Horst Arnold, Martina Fehlner, Ruth Müller, Klaus Adelt, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayer, Margit Wild** und **Fraktion (SPD)**

Für eine nachhaltige Gemeinsame EU-Agrarpolitik (GAP) und eine sozial gerechte Gemeinsame Marktordnung (GMO)

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass die Gemeinsame Agrarpolitik in der kommenden Finanzperiode gerechter ausgestaltet wird, als bisher.

Insbesondere soll auf Bundes- und EU-Ebene darauf hingewirkt werden, dass

- die pauschalen Flächenzahlungen bis zum Ende der kommenden Finanzperiode im Jahr 2028 schrittweise bis zu einer maximal förderfähigen Obergrenze von rund 60 Hektar zur Existenzsicherung der Betriebe abgebaut werden,
- der Zuschlag der ersten Hektare weiter ausgebaut wird,
- Umwelt- und Gemeinwohlleistungen in der ersten Säule künftig für alle Mitgliedstaaten verpflichtend werden und
- das Tierwohl als gesonderter Fördertatbestand mit Mitteln der ersten Säule gefördert wird.

Im Zuge der Neuordnung der Gemeinsamen Agrarpolitik ist es darüber hinaus erforderlich, dass die Gemeinsame Marktordnung dahingehend novelliert wird, dass

- die Erzeuger gegenüber dem Lebensmitteleinzelhandel gestärkt werden,
- Marktbeobachtungsstellen verstetigt beziehungsweise geschaffen und ausreichend finanziert werden,
- ein Kriseninstrument entwickelt wird, welches bei schweren Marktkrisen die bestehenden Strukturen sichert und
- die Gründung von erzeugerkontrollierten Branchenorganisationen für Milch ermöglicht werden.

Begründung:

Die aktuelle Gemeinsame Agrarpolitik steht seit Jahren in der Kritik der Gesellschaft. Die Ausrichtung ist weder gerecht noch nachhaltig. Und sie ist auch nicht im Sinne unserer kleinen und mittelständischen Betriebe!

Rund 70 Prozent der gesamten Förderung sind aktuell an die Fläche gebunden, ohne weitreichende Auflagen. Das bedeutet, wer viel Land bewirtschaftet, erhält viel Förderung, unabhängig von der nachhaltigen Ausrichtung der Bewirtschaftung oder der Arbeitsintensität auf den Betrieben. Aus diesem Grund sind die pauschalen Flächenzahlungen schrittweise abzuschaffen. Darüber hinaus werden derzeit nur rund ein Viertel

der gesamten Mittel für Naturschutzleistungen wie den Ökolandbau oder Blühstreifen verwendet.

Die derzeitige EU Agrarpolitik trägt nicht zum Erhalt der vielfältigen Strukturen bei, sie fördert den Wandel zu größeren Einheiten in der Landwirtschaft, EU-weit haben zwischen den Jahren 2003 und 2013 ein Drittel der Höfe aufgegeben. Aus diesen Gründen ist es dringend erforderlich, die Gemeinsame Agrarpolitik, die jeder EU-Bürger durchschnittlich mit 114 Euro im Jahr finanziert, auf neue Füße zu stellen.

Aber auch die Gemeinsame Marktordnung muss dringend novelliert werden, da die Erzeuger in der EU keine oder nur eine sehr geringe Verhandlungsposition haben. Marktbeobachtungsstellen und erzeugerkontrollierte Branchenorganisationen können dies ändern und die Position unserer Erzeugerinnen und Erzeuger gegenüber der Lebensmittelindustrie stärken.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Horst Arnold, Martina Fehlner, Ruth Müller, Klaus Adelt, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 18/5232

Für eine nachhaltige Gemeinsame EU-Agrarpolitik (GAP) und eine sozial gerechte Gemeinsame Marktordnung (GMO)

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Alexander Hold

III. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Gisela Sengl

Abg. Gabi Schmidt

Abg. Martin Schöffel

Abg. Franz Bergmüller

Abg. Horst Arnold

Abg. Ralf Stadler

Abg. Christoph Skutella

Abg. Prof. Dr. Ingo Hahn

Abg. Nikolaus Kraus

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ich rufe zur gemeinsamen Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eine andere Agrarpolitik ist möglich - beginnen wir jetzt mit dem ersten Schritt (Drs. 18/5176)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König u. a. und Fraktion (CSU),

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Dr. Leopold Herz u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Familienbetriebe durch eine nachhaltige Agrarpolitik stärken (Drs. 18/5231)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Martina Fehlner, Ruth Müller u. a. und Fraktion (SPD)

Für eine nachhaltige Gemeinsame EU-Agrarpolitik (GAP) und eine sozial gerechte Gemeinsame Marktordnung (GMO) (Drs. 18/5232)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erste Rednerin ist Frau Kollegin Gisela Sengl von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Gisela Sengl (GRÜNE): Wir leben in schwierigen Zeiten. In unserer Gesellschaft finden große Umbrüche statt und unsere Gesellschaft reagiert hierauf immer direkter und teilweise auch sehr konfrontativ. Kinder und Jugendliche gehen auf die Straße und fordern uns auf, endlich wirksame Maßnahmen gegen den Klimawandel zu ergreifen, Windkraftgegner und Stromtrassengegner protestieren und fordern ein Ende der Ener-

giewende, und Bauern und ein paar Bäuerinnen rollen mit ihren Traktoren nach Berlin und kämpfen dafür, dass alles so bleibt, wie es jetzt ist.

Aber es kann nicht so bleiben, wie es ist; denn unsere Zeit ist nicht nur für die Bauern schwierig, sondern auch für unsere Lebensgrundlagen, für unsere Natur und für unsere heimische Tier- und Pflanzenwelt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In diesen schwierigen Zeiten sind wir als Politikerinnen und Politiker besonders gefordert. Wir sind nämlich dafür zuständig, Wege und Lösungen aufzuzeigen, die wir dann in Maßnahmen und Gesetze umwandeln, mit denen wir diese Herausforderungen meistern können. Diese Wege sollten sich nicht an einer Klientel orientieren, sondern an der gesamten Gesellschaft. Lösungen sollten im Gespräch miteinander gefunden werden und, ja, auch in Auseinandersetzungen. Maßnahmen und Gesetze sollten möglichst klar, genau und an den vereinbarten Zielen orientiert sein.

Genau diese Vorgehensweise findet beim Aushandeln einer Gemeinsamen Agrarpolitik bis jetzt leider überhaupt nicht statt. Obwohl sich die Wissenschaft – ich erwähne jetzt nur ein paar Institutionen –, zum Beispiel der Wissenschaftliche Beirat für Agrarpolitik beim Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, der Sachverständigenrat für Umweltfragen und jetzt auch noch der Europäische Rechnungshof, darüber einig ist, dass das bisherige System der Flächenzahlungen unbedingt verändert werden muss, wird von den konservativen Regierungsparteien auf Bundes- und Landesebene total gemauert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ab 2021 wird das viele Geld, das wir Steuerzahler erwirtschaften, für die Landwirtschaft neu verteilt. Ab 2021 haben wir die Chance, die Gelder endlich so zu verteilen, dass sie unseren vereinbarten Zielen, von denen jeder sagt, wir seien alle dafür, hin-

sichtlich des Artenschutzes, des Naturschutzes, des Tierschutzes und hinsichtlich des Erhalts einer vielfältigen landwirtschaftlichen Struktur dienen.

Die Kommission veröffentlichte eine Mitteilung über die Ernährung und Landwirtschaft der Zukunft. Von diesem Umsetzungsmodell, das den einzelnen Mitgliedstaaten wesentlich mehr Gestaltungsspielraum zugesteht, verlangt der Europäische Rechnungshof Folgendes – ich zitiere –: Er verlangt Maßnahmen, die auf fundierten wissenschaftlichen Erkenntnissen und Statistiken basieren, die belegen, dass die angestrebten Ergebnisse erzielt werden. Er verlangt relevante, ehrgeizige und überprüfbare Vorgaben für die neuen GAP-Strategiepläne, die an den EU-Zielen ausgerichtet sind. Er verlangt einen robusten Rahmen zur Überwachung und Bewertung der Leistung. Er verlangt eine solide Kette der Rechenschaftspflicht und Finanzkontrolle, die Gewähr dafür gibt, dass die Rechtsvorschriften eingehalten und Leistungen erbracht werden.

Wenn wir aber so weitermachen wie bisher und das viele Geld – jährlich sind das in Deutschland immerhin sieben Milliarden und in Bayern fast eine Milliarde – weiterhin einfach so über die Fläche verteilen, wenn wir weiterhin nicht unterscheiden zwischen Bauern, die sich sehr wohl Gedanken über Nachhaltigkeit und über eine bessere Tierhaltung machen, und Großinvestoren im Agrarbusiness, die die Millionen der Flächenzahlungen gerne einfach so mitnehmen, werden wir den Strukturwandel und den Artenschutz nie in den Griff bekommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deshalb müssen wir die Fördergelder qualifizieren. Bauern und Bäuerinnen sollen mehr Geld bekommen, wenn sie extensiv arbeiten, wenn ihre Kühe auf der Weide Gras fressen dürfen, wenn ihre Schweine im Stroh wühlen können und sie ihnen Licht und Luft gönnen, wenn sie Feldhecken pflanzen und Ackerraine stehen lassen.

Die Landwirtschaft hat insgesamt bewiesen, dass sie ausreichend Lebensmittel erzeugen kann. Was wir jetzt brauchen, ist eine Honorierung, und zwar eine finanzielle Honorierung von Tiergesundheit, Umweltschutz und Landschaftsschutz. Damit erhalten

wir die Vielfalt der landwirtschaftlichen Betriebe und auch deren Zahl. Wir haben das Geld bis jetzt über die Fläche verteilt. Was hat diese Milliarde bewirkt, die Bayern jährlich über die Fläche verteilt? – Von 2010 bis 2018 haben wir 13.800 Höfe verloren. Die Flächenzahlungen bewirken also genau das Gegenteil.

Deshalb fordern wir in unserem Dringlichkeitsantrag, in den aktuellen Verhandlungen zur Gemeinsamen Agrarpolitik 40 % der Gelder aus der ersten Säule an Umweltdienstleistungen und das Tierwohl zu binden. Wir müssen hier und heute mit den Problemen, die sich uns stellen, fertig werden. Dafür brauchen wir eine andere Agrarpolitik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Den CSU-Antrag lehnen wir ab. Als konservative Partei fällt euch scheinbar nichts anderes ein als das Konservieren. Aber diese Art der Politik wird mit den aktuellen Problemen einfach nicht mehr fertig; das lehnen wir natürlich ab.

Dem SPD-Antrag stimmen wir zu; er geht genau in die richtige Richtung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Sengl. Bitte bleiben Sie noch am Mikrofon. – Es gibt eine Zwischenbemerkung von Frau Kollegin Gabi Schmidt von den FREIEN WÄHLERN.

Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Gisela Sengl, ich verstehe diesen Antrag mit dieser Überschrift nicht. Wenn wir diese Subventionen an die Kleinbetriebe bringen wollen, dann müssen sie weiter in Bayern verteilt werden. Wir haben eine kleinflächige Landwirtschaft. Ich habe selbst einen Biobetrieb, wie du auch. Aber ich bin nicht bereit, in böse und gute Landwirtschaft unterscheiden zu lassen. Es geht um eine hochwertige Lebensmittelproduktion. Das können wir in Bayern. Meine Kollegen, die das in einem anderen Stil machen, machen ein genauso gut zertifiziertes Lebensmittel, mit einem anderen Siegel, mit einem anderen Anspruch, aber ein hochwertiges Lebensmittel.

Niemand geht mit Absicht mit seinen Tieren schlecht um. Das möchte ich hier nicht unterstellt haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Wenn es denn um Tierwohl und Umwelt geht, dann stellt als GRÜNE genau diesen Antrag – da muss dann drüber stehen "für die kleinflächige gute Landwirtschaft in Bayern" – in Brüssel und Berlin. Großflächige Landwirtschaft sieht man im Osten, in anderen Ländern. Da gibt es 200 Hektar am Stück.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke, Frau Schmidt. Ihre Redezeit ist zu Ende.

Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Aber ich muss mich aufregen. Man kann doch die Landwirtschaft nicht an den Pranger stellen. Das ist doch eine Frechheit!

(Heiterkeit bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLER, der CSU und der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Jawohl, danke schön, Frau Schmidt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Frau Sengl, Sie haben das Wort.

Gisela Sengl (GRÜNE): Ich finde es interessant, dass das immer gleich abläuft: Wenn wir etwas zur Landwirtschaft sagen, wird uns immer unterstellt, wir würden die Landwirtschaft an den Pranger stellen.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das macht ihr auch!)

– Das Gegenteil ist der Fall. Scheinbar hört ihr auch nie gescheit zu. Wir kämpfen für den Erhalt der Landwirtschaft.

(Lebhafter Widerspruch bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ihr, mit eurer Politik, macht genau das Gegenteil!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist mit den Zahlen bewiesen. Die Flächenzahlungen helfen eben nicht den kleinen Betrieben.

(Tobias Reiß (CSU): Ihr verunglimpft die Landwirte!)

Die Flächenzahlungen helfen den Agrarinvestoren und sonst niemandem.

(Widerspruch bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wenn ihr nicht mal fähig seid, denen das endlich wegzunehmen, werdet ihr noch die Rechnung bekommen!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Sengl. – Herr Steiner, ich kann Ihre Zwischenbemerkung leider nicht mehr aufrufen, weil im Ältestenrat auf Antrag Ihrer Fraktion beschlossen wurde, dass man sich während der Hauptrede des Redners für eine Zwischenbemerkung melden muss. Das nächste Mal achten wir darauf. – Das Wort hat nun Herr Kollege Martin Schöffel von der CSU.

Martin Schöffel (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kolleginnen! Um das vorwegzunehmen: Wir sind der Auffassung, dass in der Zukunft in der Gemeinsamen Agrarpolitik natürlich noch viel stärker zwischen den ersten Hektaren und dem fünfhundertsten oder tausendsten Hektar unterschieden werden muss. Natürlich gibt es Skaleneffekte. Deswegen dürfen diese Flächenprämien beim fünfhundertsten Hektar nicht genauso wie beim dreißigsten oder sechsundvierzigsten angewandt werden.

Eine Kappung oder eine Degression ist gerechtfertigt, wenn die Arbeitskräfte berücksichtigt werden oder auch – was die DLG vorschlägt – Nachhaltigkeitsindikatoren. Ein Abschluss bei 60 Hektar, wie das die SPD vorschlägt, ist nach unserer Auffassung so natürlich nicht zu beschließen. Das würde auch viele bäuerliche Betriebe in Bayern treffen. Sie bleiben völlig im Unklaren, was die Folgenabschätzungen anbelangt, und

auch, was die Finanzierung des Tierwohls anbelangt. Wir glauben, dass die Initiative Tierwohl für die Branche ein richtiger Ansatz ist, um zusätzliches Geld in die bäuerlichen Betriebe zu bringen. Wenn ein Feldstück 100 Hektar hat, muss ein Weg gefunden werden, um dazwischen auch mal eine Hecke für die Biotopvernetzung anzulegen.

Aber all das, was wir da diskutieren, hat mit der bayerischen Landwirtschaft nichts zu tun, mit durchschnittlichen Betriebsgrößen von 30 Hektar, mit einer vielfältigen Kulturlandschaft, mit unserem Ziel, 15 % des Offenlandes für Biotopvernetzung zu gewinnen. Nach Lage der Dinge werden wir auch durch Kappung und Degression kein zusätzliches Geld für Bayern bekommen.

Für unser Bäuerinnen und Bauern, für unsere Betriebe ist eine zielgenaue Konzentration der Gelder auf die ersten Hektare wichtig. Das bringt Geld nach Bayern, das kommt den kleinen Betrieben zugute, und das ist auch europaweit durchsetzbar und umsetzbar.

(Beifall bei der CSU)

Kollegin Sengl, jetzt komme ich zu dem, was Sie mit Ihrer hübschen Rede gesagt haben und was Sie wirklich wollen. Sie wollen die Gelder in der ersten Säule der Agrarpolitik kürzen, ganz abschaffen oder mit zusätzlichen hohen Auflagen versehen, die viele Betriebe nicht erfüllen können. Im Klartext: Sie wollen unseren Bäuerinnen und Bauern einen wesentlichen Teil ihres Einkommens wegnehmen. Das ist die Realität.

(Beifall bei der CSU – Toni Schuberl (GRÜNE): Sie haben 13.000 Betriebe auf dem Gewissen!)

Gehen wir mal von einem Betrieb aus, der 50.000 Euro Gewinn hat. Wenn 40 % davon weg sind – ein großer Teil von diesem Gewinn kommt aus der ersten Säule –, fehlen der Familie 20.000 Euro. Und Sie sagen, die können das Geld wieder bekommen, die müssen dann nur keinen Raps oder keinen Weizen mehr anbauen, sondern

ein Biotop anlegen; dann kriegen Sie das Geld wieder. Aber sie haben dann nicht mehr die Einnahmen aus dem Getreideverkauf. Deswegen sage ich: Sie stehlen den Bauern das Geld. Das sind massive Einkommenskürzungen, die Sie vorschlagen. Da machen wir nicht mit.

(Beifall bei der CSU – Toni Schuberl (GRÜNE): Sie machen die Bauern kaputt!)

Das trifft vor allem unsere bäuerlichen Betriebe, Haupterwerbsbetriebe, die ausschließlich von der Landwirtschaft leben, die Bauern, die jede Früh, jeden Mittag, jeden Abend in den Stall gehen, die Leistungsträger unserer Gesellschaft, die die Kulturlandschaft erhalten, die heimische Lebensmittel produzieren, die lebendige Dörfer erhalten.

Kollegin Sengl, ich sage Ihnen: Sie haben aus den Diskussionen der letzten Wochen und aus dem, was die Bauern uns vortragen, nichts gelernt.

(Beifall bei der CSU – Tobias Reiß (CSU): Jawohl!)

Die Bauern tragen vor, dass sie Existenzängste haben. Die GRÜNEN antworten mit Einkommenskürzungen. Die Bauern haben vorgetragen, dass es einen unfairen Wettbewerb zwischen der amerikanischen Landwirtschaft, der russischen Landwirtschaft und der Landwirtschaft in Europa gibt und dass ihre Leistungen für Ökologie und Gesellschaft überhaupt nicht gewürdigt werden. Die GRÜNEN negieren, dass es diese Leistungen überhaupt gibt. Sie unterstellen heute in Ihrer Pressemitteilung allen bayerischen Bauern tierquälerische Missstände, geben ihnen die alleinige Verantwortung für ein rapides Artensterben und das Anheizen der Klimakrise.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist absurd. Das ist unverschämt. Das ist ein Generalangriff auf die bayerische Landwirtschaft!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Alexander König (CSU): Genau so ist es! – Weiterer Zuruf des Abgeordneten Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER))

Darüber hinaus ist das eine Steilvorlage für die EU, die Finanzausstattung im Bereich der Landwirtschaft zu kürzen,

(Alexander König (CSU): Jawohl!)

und das haben Sie zu verantworten. Wer so redet und schreibt, ist der Auslöser für einen Strukturbruch und dafür, dass junge Landwirte einen anderen Beruf wählen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das machen die GRÜNEN!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Auch uns ist klar, dass Landwirtschaft und Natur, dass Ökonomie und Ökologie im Einklang stehen müssen. Es darf auch nicht das eine zulasten des anderen gehen; das ist völlig klar.

Bäuerlich ist aber, natürliche Lebensgrundlagen zu schützen. Bäuerlich ist, einen gesunden Boden zu erhalten. Bäuerlich ist, für sauberes, reines Grundwasser zu sorgen.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Bäuerlich ist, Düngemittel in die Pflanze und nicht ins Grundwasser zu bringen. Bäuerlich ist, Tiere als Mitgeschöpfe zu achten,

(Toni Schuberl (GRÜNE): Das muss vergütet werden! – Weiterer Zuruf von den GRÜNEN)

und Bauern tun alles, um Tierleid zu vermeiden. Das muss die Grundlage sein.

Diese Auflagen und diese Voraussetzungen werden aber auch staatlicherseits massiv eingefordert. Wir haben Cross Compliance. Wir haben Greening. Wir bekommen Konditionalität, Eco-Schemes, zusätzliche Auflagen in den Mitgliedstaaten, gerade in Deutschland. Wer weiß, wie die Landwirtschaft in Russland und in Amerika – in Südamerika und in Nordamerika – funktioniert, der weiß auch, dass dort andere Produktionsbedingungen herrschen, dass ganz andere Pflanzenschutzmittel eingesetzt wer-

den dürfen, dass Hormone eingesetzt werden und dass der Zugang zu Tierarzneimitteln viel leichter ist. Deswegen sage ich Ihnen: Wir haben hier andere Vorgaben, und es ist unredlich zu sagen, die Landwirte bei uns würden keine Leistungen

(Zuruf von den GRÜNEN)

für die öffentlichen Gelder erbringen.

Die Landwirte erbringen große Leistungen für den Artenschutz, für den Naturschutz und für den Gewässerschutz.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Die Gesellschaft erwartet viel von der Landwirtschaft, und von den Bauern muss viel erbracht werden. Wir können das Rad hier aber nicht zurückdrehen, sondern wir setzen auch auf eine starke zweite Säule, auf unser Kulturlandschaftsprogramm, auf Vertragsnaturschutz und auf unser Prinzip "Freiwilligkeit vor Ordnungsrecht". Zusammen mit den Bauern haben wir viel erreicht und können wir auch in der Zukunft viel erreichen.

So, wie es aber derzeit läuft, müssen wir aufpassen, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass wir in zehn Jahren in Bayern und in Deutschland überhaupt noch landwirtschaftliche Betriebe haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU – Zuruf von der CSU: So ist es!)

Was von den Bauern alles erwartet wird und was Sie ihnen alles auferlegen wollen,

(Zuruf von den GRÜNEN)

trifft gerade die bäuerlichen Haupterwerbsbetriebe, die von der Landwirtschaft leben müssen und die vielleicht ein knappes Einkommen, eine knappe Fläche und eine hohe

Arbeitsbelastung haben. Wenn das so weitergeht, führt das zu einer weiteren Rationalisierung, zu einer Intensivierung und zu einem Strukturwandel in Bayern, den wir nicht wollen. Deswegen passt bei Ihnen, Kollegin Sengl, Reden und Handeln nicht zusammen.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Sie haben 13.000 Betriebe auf dem Gewissen!)

Sie erzählen hier irgendetwas, und in der Praxis passiert etwas ganz anderes.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ihnen geht es nur um politische Ideologie. Wie es den Bauern dabei geht, ist Ihnen völlig egal; Sie interessiert das am Ende überhaupt nicht.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Alexander König (CSU): Stimmungsmache ist das!)

Der Kollege Hartmann ist in Herrsching beim Bauernverband aufgetreten und hat deutlich gesagt, dass es nach Ihrer Auffassung massive Einschnitte in der Landwirtschaft in Bayern geben und die Tierhaltung reduziert werden muss. Dann werden wir jedoch weniger Betriebe haben, weil unsere Bauern gerade auch von der Tierhaltung leben; von 30 Hektar kann man heute nicht mehr leben.

(Zuruf des Abgeordneten Ludwig Hartmann (GRÜNE))

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wollen Bauernhöfe erhalten – überschaubare Strukturen – und haben das Leitbild der verantwortungsbewussten Bäuerin und des verantwortungsbewussten Bauern mit einem Herz für die Landwirtschaft,

(Zuruf von den GRÜNEN)

für die Umwelt und für die Tiere.

Wir dürfen unsere Bauern nicht laufend neu unter Druck setzen, sondern unsere Bauern haben unser Vertrauen und unsere Wertschätzung für ihre Arbeit verdient, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU)

Landwirtschaft und Gesellschaft müssen sich wieder aufeinander zubewegen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ralph Müller (AfD))

Landwirtschaft braucht Planungssicherheit. Ein Bauernhof muss die Familie ernähren, und zusätzliche Leistungen müssen wir auch zusätzlich entlohnen.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ihre Redezeit!

Martin Schöffel (CSU): Herr Präsident, ich komme zum Ende. – Wir wollen nicht, dass unsere Bauern die Buhmänner der Nation sind. Wir arbeiten an zukunftsfähigen Konzepten. Ihr Antrag ist ein Generalangriff auf die bayerische Landwirtschaft, den wir ablehnen und zurückweisen.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Es liegen zwei Zwischenbemerkungen vor. Die erste kommt von Herrn Abgeordneten Bergmüller für die AfD-Fraktion.

Franz Bergmüller (AfD): Sehr geehrter Herr Schöffel, alle Anträge behandeln die 40 % Agrarsubventionen. – Zu mir kommen hingegen zahlreiche Bauern, und ich habe auch viele Freunde, die eigentlich an den anderen 60 % des Einkommens herummäkeln, und zwar speziell die Milchbauern, und dazu erwarte ich mir Initiativen. Die Bauern wollen keine Almosen- bzw. Subventionsempfänger sein – ich habe das jetzt drastisch formuliert. Was gedenken Sie zu tun, dass der Milchpreis von derzeit etwa 30 Cent – einmal geht er ein wenig nach oben und einmal ein wenig nach unten – für die Bauern sozusagen lebensfähig

(Zuruf von der CSU)

gestaltet wird? Das Kartellrecht hätte schon längst einschreiten müssen. Das Oligopol der Handelskonzerne erpresst die Bauern und die Molkereien beim Milchpreis. Diesbezüglich erwarte ich mir Initiativen.

Noch ein Wort zur Bürokratie:

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit!

Franz Bergmüller (AfD): Öffnen Sie die Düngemittelverordnung – die Öffnungsklausel – für die oberbayerischen Landwirte an der Alpenkette.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke, Herr Bergmüller. – Herr Schöffel, bitte.

Martin Schöffel (CSU): Herr Kollege, Sie wissen, dass wir die Vermarktung bayerischer Produkte durch vielfältige Initiativen unterstützen. Deswegen haben wir in Bayern auch mehr Erfolg und bessere Preise – geringfügig bessere Preise – als andere Bundesländer.

Bayerische Produkte werden in der Welt geschätzt, gut verkauft, und wir leben natürlich ein Stück weit vom Export,

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ralph Müller (AfD))

aber auch von guten Erlösen im Inland.

Was der Verbraucher jedoch bereit ist, am Ende für die Nahrungsmittel zu bezahlen, ist kein politisches Thema, sondern es ergeht an die Verbraucherinnen und Verbraucher der Appell, das zu bezahlen, was für die Landwirtschaft fair ist, und sich beim Einkauf Gedanken zu machen, wie man die heimische Landwirtschaft entsprechend unterstützen kann. Wer das Billigste einkauft, hat am Ende das Recht verwirkt mitzureden, wie produziert wird.

Wir müssen an die Leute appellieren, Produkte der heimischen Landwirtschaft zu kaufen und dafür einen ordentlichen Preis zu bezahlen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Nun die Zwischenbemerkung von Frau Kollegin Sengl von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Gisela Sengl (GRÜNE): Eine grundsätzliche Bemerkung: Ich glaube, die Massenproduktion zu Weltmarktpreisen hat zu der Situation geführt, in der sich die Landwirtschaft im Großen und Ganzen augenblicklich befindet. Ich glaube auch, dass es jeder Bäuerin und jedem Bauer am liebsten wäre, wenn er sein Einkommen über gerechte Erzeugerpreise erzielen würde. Daran müssen wir arbeiten, und dazu habt ihr leider sehr wenig beigetragen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe von der CSU: Aber ihr! – Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Ich habe jetzt noch meine Frage: Sind wir uns einig, dass Steuergelder sinnvoll ausgegeben werden sollten, wenn wir schon so viel Geld ausschütten? Mich hat es bei der Anhörung zur GAP schon erschüttert, dass die Kulturlandschaftsmaßnahmen, in die Bayern viel Geld steckt – das stimmt, und ich finde das auch gut –, null qualifiziert sind. Man weiß über diese Maßnahmen, bis auf die Maßnahme B10 "Ökologischer Landbau", nichts. Man hat zu allen anderen Maßnahmen keine statistischen Zahlen. Man weiß nicht, wie sie wirken, ob sie die Ziele erfüllen, die man damit erreichen will usw.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Frau Sengl, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Gisela Sengl (GRÜNE): Das ist ein großes Defizit Ihrer Agrarpolitik!

(Beifall bei den GRÜNEN – Alexander König (CSU): Sie stellt die Leistungen der Landwirtschaft schon wieder infrage!)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Schöffel.

Martin Schöffel (CSU): Frau Kollegin Sengl, Sie machen genau so weiter, wie Sie vorhin begonnen haben.

(Alexander König (CSU): Genau!)

Es wurde bei der Anhörung vielleicht etwas unklar dargelegt, oder Sie haben es falsch verstanden: Selbstverständlich haben wir zu unseren Agrarumweltmaßnahmen Auswertungen, in welchem Umfang sie angewandt werden

(Gisela Sengl (GRÜNE): Wir können ja im Protokoll nachlesen!)

und welche Ziele damit erfüllt werden.

(Zuruf der Abgeordneten Gisela Sengl (GRÜNE))

Es ist doch völlig absurd, sich hierher zu stellen und unsere Agrarumweltmaßnahmen, wo Bauern auf freiwilliger Basis noch mehr für die Agrarökologie tun, schlechtzureden. Ein solches Programm gibt es in ganz Deutschland und in der ganzen Welt nicht. Sie stellen sich aber hierher und sagen: Das wirkt nicht, das Geld ist zum Fenster rausgeschmissen, und die Steuergelder sind falsch eingesetzt. – Das ist eine Unverschämtheit, die ich zurückweise.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Unruhe – Gisela Sengl (GRÜNE): Das ist eine Unverschämtheit!)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke, Herr Schöffel. – Für die SPD-Fraktion spricht ihr Vorsitzender, Horst Arnold.

Horst Arnold (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es geht um die Gemeinsame Agrarpolitik, die unser Haus schon seit Langem beschäftigt. Ganz ne-

benbei: Seit über zwanzig Jahren sind die Ministerien für Landwirtschaft in christsozialer Hand. Um es deutlich zu sagen: Die sind auch ressortzuständig.

(Zuruf des Abgeordneten Hans Herold (CSU))

– Herr Herold, Sie sagen Gott sei Dank. Im Prinzip haben Sie doch das Desaster, den Strukturwandel und alles selbst zu verantworten.

(Beifall bei der SPD)

Sie sagen zu den GRÜNEN "nichts dazugelernt", sind aber seit 15 Jahren in der Verantwortung, und es wird immer noch schlechter. Wo geht die Reise denn hin?

(Zuruf von der CSU: Reden Sie über die SPD?)

Erst vor Kurzem haben wir einen Antrag zu einer gerechten und nachhaltigen Agrarpolitik sowie zu fairen Rahmenbedingungen an den Märkten zum Schutz unserer Ressourcen bei der Neuausrichtung der GAP gestellt. Der Agrarausschuss hat in seiner letzten Sitzung eine Anhörung zur GAP durchgeführt, die von uns mit initiiert wurde. Fakt ist, dass die aktuelle Agrarpolitik weder gerecht noch nachhaltig ist. Fakt ist, dass die derzeitige Agrarpolitik entgegen den Beteuerungen von Ihnen nicht zu einem Erhalt unserer Strukturen beigetragen hat. EU-weit sind zwischen den Jahren 2003 und 2013 ein Drittel der Höfe aufgegeben worden, obwohl die erste Säule so stark ausgestattet ist.

Fakt ist, dass die aktuelle Agrarpolitik den Betrieben keine auskömmlichen Preise für ihre hochwertigen Nahrungsmittel ermöglicht, wie die immer wiederkehrenden Krisen an den Milchmärkten zeigen, oder wie es umgangssprachlich heißt: Nicht mit der Landwirtschaft, sondern an der Landwirtschaft verdient man das große Geld.

Das ist es, was man in den Anträgen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, aber auch der Regierungsparteien vermisst. In den vergangenen Monaten redeten Sie eigentlich nur noch darüber, wie wir die Zahlungen verteilen. Ich vermisse, dass Sie darüber spre-

chen, wie wir die Landwirtschaft in die Lage versetzen können, wieder ausreichende Preise für ihre hochwertigen Produkte zu erzielen.

Die Gemeinsame Marktordnung ist das Mittel der Wahl. Wir brauchen eine Stärkung der Erzeugerinnen und Erzeuger gegenüber der Lebensmittelindustrie und dem Lebensmitteleinzelhandel. Wir brauchen die Möglichkeit von Marktbeobachtungsstellen, die uns Krisen frühzeitig anzeigen. Wir brauchen Instrumente, welche bei schweren Marktkrisen die bestehenden Strukturen sichern. Wir brauchen die Gründung von erzeugerkontrollierten Branchenorganisationen, welche die Erzeugerinnen und Erzeuger stärken.

Wir als SPD haben langsam das Gefühl: Hier wird nur noch über die Verteilung von Geldern gesprochen, alles andere soll doch bitte der Markt regeln. Wir sind nicht dabei, wenn es darum geht, das neoliberale Modell einer Gemeinsamen Agrarpolitik in den bayerischen Weg zu überführen. Das ist dieses bayerischen Weges auch nicht würdig.

Lassen Sie uns im Sinne unserer bäuerlichen Familienbetriebe handeln und diese Gemeinsame Marktordnung anpacken! Herr Schöffel, darauf freue ich mich. Sie haben gesagt, dass die Zuteilung bei der ersten Säule nunmehr sogar an Arbeitskräften orientiert sein soll. Wir kennen uns jetzt schon eine Zeit lang aus dem Landwirtschaftsausschuss. Früher waren Sie da ganz anderer Ansicht. Man sieht, dass sich etwas im Kleinen bewegt. Auch Sie müssen manchmal zur Wahrheit getragen werden, auch wenn es schwerfällt.

(Beifall bei der SPD)

Nun aber zu den von Ihnen thematisierten Zahlungen der ersten und zweiten Säule. Rund 70 % der Gesamtförderung sind aktuell an die Fläche gebunden, ohne weitreichende Auflagen. Das bedeutet: Wer viel Land bewirtschaftet, erhält viel Förderung, unabhängig von der Nachhaltigkeit der Bewirtschaftung oder der Arbeitsintensität auf dem Betrieb. Das ist nicht gerecht. Aus diesem Grund sind die pauschalen Flächen-

zahlungen schrittweise abzuschaffen. Wir stellen uns eine Art Grundprämie als pauschale Flächenzahlung vor, die ausschließlich auf die ersten 60 Hektar gewährt werden soll – 60 Hektar deswegen, weil das die Größe des Durchschnittsbetriebs in Deutschland gemäß der Gemeinsamen Agrarpolitik in Deutschland ist – und die noch einen Zuschlag für die ersten Hektar enthält. Der Rest der Zahlung soll sich ausschließlich an Gemeinwohlleistungen orientieren, nämlich nachhaltige Wirtschaftsweise, Förderung des Tierwohls und Förderung besonderer Umweltleistungen. Dies muss europaweit definiert sein und als Grundlage für die Förderung etabliert sein.

Jetzt zu den Anträgen selbst.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Horst Arnold (SPD): Dem Antrag der GRÜNEN stimmen wir zu, weil er in die richtige Richtung geht. Ihr Antrag, Kolleginnen und Kollegen von der CSU, ist sehr konservativ und erhaltend. Ich erinnere an Ihre jahrzehntelange Verantwortung, die zu nichts außer zum Strukturwandel geführt hat. Deswegen werden wir diesem Antrag nicht zustimmen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke, Herr Kollege Arnold. – Für die AfD-Fraktion hat Herr Abgeordneter Stadler das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Ralf Stadler (AfD): Habe die Ehre, Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Wenn Ideologie auf Realität trifft, kommt dabei nichts Gescheites heraus, da sich die grünen Ideologen nicht mit der Realität befassen wollen, sondern nur an der Verwirklichung ihres Glaubenssatzes interessiert sind. Was die Bauern von den Ideen der GRÜNEN halten, haben sie letzten Freitag in Landshut eindrucksvoll gezeigt. Mehr als

1.000 Bauern sind mit 600 Bulldogs vor dem Veranstaltungsort aufgefahren, um gegen die damische Ökodiktatur der GRÜNEN zu demonstrieren.

Genauso ist es beim vorliegenden Antrag. Ohne konkrete Vorschläge soll die Staatsregierung den grünen Populismus umsetzen, was diese, getrieben vom grünen Zeitgeist, mittlerweile auch ständig macht. Unsere Landwirte haben aber, wie wir aktuell an den Protesten sehen, ganz andere Probleme. Sie haben ihre Arbeit zu meistern und kämpfen nicht selten um das wirtschaftliche Überleben, von der fehlenden Anerkennung ganz zu schweigen. Auch wenn die Agrarsubventionen nicht immer richtig verteilt werden, die Landwirte brauchen trotzdem Verlässlichkeit der Politik, um langfristig erfolgreich wirtschaften zu können.

(Beifall bei der AfD)

Die Unterstützung durch Direktzahlungen ist unbedingt notwendig, um das Überleben unserer landwirtschaftlichen Betriebe zu sichern. Ein weiteres Abschmelzen der ersten Säule würde gar nichts bringen, außer einer Beschleunigung des Höfesterbens, meine Damen und Herren von den GRÜNEN.

(Unruhe)

– Herr Präsident, Sie können auch einmal die Glocke verwenden, wenn es zu laut wird. Danke!

Deshalb muss auch weiterhin eine sichere Finanzierung für die Förderperiode bis 2027 gewährleistet werden. Schlimm wäre es, wenn es in Bayern keine Landwirte mehr gäbe, sondern nur noch GRÜNE; denn dann könnten wir gleich zusammenpacken. Daher müssen auch unsere Bauern geschützt werden. Statt pauschaler Umverteilungen fordern wir bessere Förderung und Vermarktung regionaler Lebensmittel, wobei eventuell eine mobile Hofschlachtung von Vorteil wäre.

(Beifall bei der AfD)

Damit könnte man auch die überhandnehmenden Tiertransporte eindämmen.

In den Artenschutz müssten natürlich alle eingebunden werden. Mit dem Antrag sollen die Lasten aber wieder allein der Landwirtschaft aufgebrummt werden. Da machen wir nicht mit. Handelsabkommen zum Nachteil unserer heimischen Landwirte wird es mit uns nicht geben. Bei Importen müssen unsere Standards eingehalten werden. Zum Beispiel ist das Mercosur-Abkommen nicht akzeptabel; es hätte unseren heimischen Landwirten erheblich geschadet. Die einzige Partei, die definitiv dagegen ist, ist die AfD. Wir waren mit dem Agrarausschuss in Argentinien. Wir haben uns für die Landwirte eingesetzt. Was war? – Wir sind von den CSU-Abgeordneten stark kritisiert worden. Ja, meine Damen und Herren, so sieht es aus. In der Heimat darf Ministerin Kaniiber die Patronin der Bauern spielen,

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Nein, nein, nein, nein!)

während im Ausland den Landwirten in den Rücken gefallen wird; das bekommt ja niemand mit.

(Beifall bei der AfD – Zuruf der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel (CSU))

– Frau Schorer,

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Schorer-Dremel bitte! So viel Zeit muss sein!)

halten Sie bitte Ihren Schnabel. Jetzt bin ich dran.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Entschuldigen Sie bitte, Herr Abgeordneter Stadler. Herr Abgeordneter Stadler, ich rüge Sie, weil es nicht in Ordnung ist, die Kollegen aufzufordern, "den Schnabel" zu halten. Das entspricht nicht den Gepflogenheiten des Hohen Hauses.

(Beifall bei der SPD)

Ralf Stadler (AfD): Okay; sie darf dauernd dreinreden.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Das ist nicht in Ordnung.

(Alexander König (CSU): Flegelhaftes Verhalten ist das!)

Bitte halten Sie sich an die Gepflogenheiten des Hohen Hauses. Setzen Sie Ihre Rede fort!

Ralf Stadler (AfD): Jetzt legt die Staatsregierung einen Antrag vor, um sich bei den Bauern wieder lieb Kind zu machen. – Nein, die CSU merkt langsam, dass ihr bei den Wählern auf dem Land die Felle davonschwimmen und die GRÜNEN in den Städten die Nase vorne haben. Deswegen steht sie bei den Bauern mit dem Rücken an der Wand und versucht mit allen möglichen kosmetischen Schönheitsoperationen zu retten, was längst nicht mehr zu retten ist. Erst beruft sie zum Volksbegehren Artenvielfalt einen Runden Tisch ein, ignoriert dann aber weitgehend die Ergebnisse und verfasst ein hastig gestricktes Versöhnungsgesetz, das die meisten Bauern nur als Verhöhnungsgesetz empfunden haben.

(Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Sehr gut!)

Jetzt fordern sich CSU und FREIE WÄHLER sozusagen selbst auf, sich Gedanken zu machen, wie landwirtschaftliche Praxis und Umweltaspekte in Einklang zu bringen sind. Dazu haben Sie jahrzehntelang Zeit gehabt. Wir von der AfD brauchen keine Bauernproteste, um das zu verstehen. Wir stehen für eine sachliche und verlässliche Politik und nicht für ständige Sinneswandel. Wir stimmen dem Antrag der CSU aber trotzdem zu, weil er unsere Forderungen enthält, die die Staatsregierung zur Wiedergutmachung noch schnell umsetzen will.

Die SPD-Fraktion kann sich wieder einmal nicht entscheiden und schwankt zwischen Dirigismus und realitätsfernen Positionen der GRÜNEN. Die förderfähige Obergrenze von rund 60 Hektar ist wieder willkürlich festgesetzt und entspricht nicht der Realität.

(Horst Arnold (SPD): Nein! Da spricht die Ahnungslosigkeit!)

Ein Betrieb mit über 100 Hektar ist nicht gleich eine Agrarfabrik. Diese Regelung ist kontraproduktiv und schadet nur dem Ansehen der Landwirte. Deswegen sind wir nun auch die Partei der Landwirte.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ihre Redezeit ist zu Ende.

Ralf Stadler (AfD): Den Antrag der SPD-Fraktion lehnen wir daher ab. Natürlich müssen Maßnahmen umgesetzt werden, um die Umwelt und die Artenvielfalt zu schützen. Das ist klar.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Das Wort hat nun der Abgeordnete Skutella für die FDP-Fraktion.

Christoph Skutella (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Kollege Stadler, Ihnen das Freihandelsabkommen zu erklären, ist genauso müßig, wie Ihnen Umgangsformen und Anstand beizubringen. Das ist unglaublich.

(Beifall bei der FDP, der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN und der SPD – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Sehr gut!)

Zurück zur europäischen Agrarpolitik: Kolleginnen und Kollegen, die Politik für den ländlichen Raum und die Landwirtschaft werden seit Beginn der Gemeinsamen Agrarpolitik in den Fünfzigerjahren in Brüssel gemacht. Daher ist es für die bayerische Landwirtschaft extrem wichtig, wie es auf europäischer Ebene weitergeht. Liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, auch uns ist klar, dass die Direktzahlungen so nicht für immer aufrechterhalten werden können. Aber dies nun in einem Dringlichkeitsantrag übers Knie zu brechen – tut mir leid –, würde auch noch den letzten Landwirten das Genick brechen.

(Beifall bei der FDP)

Ich darf den Experten Josef Weiß von der Bayerischen Landesanstalt für Landwirtschaft, der in der Anhörung "Zur Ausgestaltung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP)" vor zwei Wochen gesprochen hat, sinngemäß zitieren: Die Tatsache, dass rund 18 % der Betriebe in Bayern, die etwa 56 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche bewirtschaften, rund 54 % der Direktzahlungen erhalten, veranschaulicht die Verteilungswirkung der flächengebundenen Zahlungen. Der oftmals erhobene Vorwurf, 20 % der Betriebe würden 80 % der Prämien erhalten, gilt jedenfalls für Bayern nicht.

Wir Freie Demokraten stehen genau deshalb für die Beibehaltung des bewährten Fördersystems aus erster und zweiter Säule in der kommenden Förderperiode. Natürlich muss es unser mittel- und langfristiges Ziel sein – sprich: über die nächsten 20 Jahre –, das Abschmelzen der Direktzahlungen und eine zielgerechte Umschichtung in die zweite Säule einzuführen. Wir brauchen eine starke finanzielle Ausstattung für Agrarumweltmaßnahmen in der zweiten Säule, um die Maßnahmen im bayerischen Kulturlandschaftsprogramm und im Vertragsnaturschutzprogramm ausbauen zu können. Das ist auch notwendig. Die GAP als Ganzes ist im Hinblick darauf zu hinterfragen, ob sie heute noch die nötigen Voraussetzungen für eine zukunftsfähige heimische Landwirtschaft in der EU schafft.

Landwirtinnen und Landwirte sind selbstbestimmte und wirtschaftlich eigenverantwortliche Unternehmer, und sie sollen auch als solche wahrgenommen werden. Angesichts der ständigen Kritik an den Agrarzahlungen und der Diffamierung als Subventionsempfänger würden sich viele Landwirte lieber früher als später von den Agrarzahlungen und den mit ihnen verbundenen Auflagen verabschieden, wenn die notwendigen Voraussetzungen dafür gegeben wären. Eine der wesentlichen Voraussetzungen ist ein Wettbewerb auf Augenhöhe im Landwirtschaftssektor der EU. Der ist leider nicht der Fall. Deutschland hat wie immer höhere Vorlagen und Auflagen, weil wir als Land anscheinend immer eins draufsetzen müssen. Das führt eben nicht zu gleichen Wettbewerbsbedingungen in der EU. Das sieht man an den Zulassungsverfahren und der Verfügbarkeit von Pflanzenschutzmitteln. Landwirte wollen keine Zu-

wendungen, sondern verlässliche und langfristige Rahmenbedingungen zur Ausrichtung ihrer Betriebe. Die Gemeinsame Agrarpolitik der EU muss ihrem Namen wieder gerecht werden. Den berechtigten Bedenken der Landwirte muss die EU-Agrarpolitik mit gleichen Regeln für alle begegnen,

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Skutella, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Christoph Skutella (FDP): ansonsten hemmt das die Nahrungsmittelproduktion und gefährdet den Agrarstandort in der EU.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke schön. – Es liegt eine Zwischenbemerkung des Fraktionsvorsitzenden der AfD Prof. Dr. Hahn vor.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Herr Skutella, Sie haben die Umgangsformen hier angesprochen. Deshalb möchte ich kurz darauf eingehen, auch auf die Versammlungsleitung.

Sie haben eben eine Rüge ausgesprochen. Ich fordere Sie auf, die Rüge zurückzunehmen.

(Florian von Brunn (SPD): Hinsetzen und ruhig sein!)

Es gibt hier durchaus unterschiedliche Wertigkeiten. Ein Abgeordneter aus dem Plenum, der einen Redner von uns als Rassist bezeichnet, erhält keine Rüge, und unser Abgeordneter bekommt wegen so einer Sache eine Rüge. Dabei wäre es Ihre Aufgabe gewesen, für Ruhe zu sorgen. Das haben Sie nicht getan. Insofern ist das sehr, sehr, sehr zweideutig. – Herr Skutella, Sie können Ihre Meinung hierzu gerne kundtun.

(Beifall bei der AfD)

Christoph Skutella (FDP): Herr Kollege, ich werde meine Meinung hierzu kundtun. Wenn ein Abgeordneter am Rednerpult zu einer Kollegin sagt, sie soll den Schnabel halten, dann sehe ich das anders, als wenn ein Zwischenruf aus dem Plenum erfolgt. Das tut mir leid. Ansonsten haben Sie inhaltlich zur Gemeinsamen Agrarpolitik nichts gefragt.

(Beifall bei der FDP, der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Zu den Ausführungen des Kollegen Stadler möchte ich auch gerne Stellung beziehen. "Halten sie den Schnabel" ist eine persönlich verletzende Ausführung und eine gröbliche Störung der Ordnung im Sinne von § 117 der Geschäftsordnung, die wir uns gegeben haben. Auf dieser Grundlage habe ich dem Kollegen Stadler die Rüge ausgesprochen.

Herr Fraktionsvorsitzender, im Übrigen war bei diesem Tagesordnungspunkt die Geräuschkulisse bei allen Rednern in etwa gleich. Es kann keine Rede davon sein, dass ich zulasten Ihres Abgeordneten einseitig vorgegangen wäre. Bitte nehmen Sie das zur Kenntnis.

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP)

Das Wort hat der Kollege Nikolaus Kraus.

Nikolaus Kraus (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, liebes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe nur zwei Minuten Redezeit. Daher fange ich von hinten an. Selbstverständlich stimmen wir den Anträgen der CSU und der FREIEN WÄHLER zu. Ich bitte auch um Ihre Zustimmung. Wir haben heute schon öfter gehört, dass die Direktzahlung ein wesentlicher Bestandteil der Einkünfte der bayerischen Bauern ist. Ich möchte nur zu den Dimensionen etwas sagen. Ich weiß nicht, ob im Plenarsaal noch Menschen sind, die sich an die Achtzigerjahre erinnern können, als ein Doppel-

zentner Getreide 50 DM gekostet hat. Heute kostet dieser 14 Euro. Auch wenn man den Ausgleich hinzurechnet, sind wir weit von den damaligen finanziellen Möglichkeiten entfernt. Auf alle Fälle stimmen wir zu.

Dem SPD-Antrag kann man natürlich nicht zustimmen. Ich war diese Woche zwei Tage in Oberfranken. Ihr wisst, wo das liegt.

(Allgemeine Heiterkeit)

Dort gibt es viele Betriebe und viele Höfe mit einer Größe von über 60 Hektar, besonders an der Grenze zu Thüringen. Mit solchen Zahlen zu jonglieren, geht gar nicht. Deswegen lehnen wir diesen Antrag ab.

Nun komme ich zum Antrag der GRÜNEN: Eigentlich will ich gar nichts zum Antrag sagen, sondern zur Kollegin Gisela Sengl. Sie stellen sich hier hin und behaupten, dass sie es mit den Bauern gut meinen. Eigentlich habe ich das Thema schon verdrängt gehabt, aber ich bin letzte Woche wieder auf ihren berühmten Videoclip angesprochen worden. Diejenigen, die ihn nicht kennen, sollten sich diesen anschauen. Ich habe den Clip 2017 bekommen. Es handelt sich um einen Zeichentrickfilm. Der Clip ist nett, aber eine Frechheit gegenüber jedem ehrlich wirtschaftenden und fleißigen Bauern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

In dem Clip wird jeder Bauer als Vergifter der Umwelt, von Böden und der Lebewesen – Hase Hardy oder wie er geheißen hat – verurteilt. Das ist dermaßen unter der Gürtellinie, dass das mit nichts zu beschreiben ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Mit meinen letzten Sätzen möchte ich noch etwas zu den GRÜNEN sagen:

(Toni Schuberl (GRÜNE): Vielleicht sagen Sie etwas zum Antrag!)

Erst wenn das letzte Pflanzenschutzmittel verboten ist, erst wenn der letzte bayerische Acker als Biotop ausgewiesen worden ist, erst wenn der letzte bayerische Bauer für immer seine Tore geschlossen hat, werdet ihr feststellen,

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Kraus, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Nikolaus Kraus (FREIE WÄHLER): dass Ideologie nicht satt macht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke, Herr Kraus. – Es liegen keine Zwischenbemerkungen vor, auch keine weiteren Wortmeldungen. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Die Anträge werden hierzu getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 18/5176, seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, der AfD und der FDP sowie die beiden fraktionslosen Abgeordneten. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von CSU und FREIEN WÄHLERN, Drucksache 18/5231, seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER und der AfD sowie die beiden fraktionslosen Abgeordneten. Gegenstimmen! – Das sind die GRÜNEN, die SPD und die FDP. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion, Drucksache 18/5232, seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der GRÜNEN und der SPD. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU, der

FREIEN WÄHLER, der AfD und der FDP. Stimmenthaltungen? – Das sind die beiden fraktionslosen Abgeordneten. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 18/5177 bis 18/5181 werden im Anschluss an die heutige Sitzung in den jeweils zuständigen federführenden Ausschuss verwiesen.